

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und allgemeine Ordnungsangelegenheiten am Dienstag, 02.08.2016, 18:00 Uhr, im Feuerwehrhaus Eilvese, Zum Eisenberg 2, 31535 Neustadt a. Rbge., Stadtteil Eilvese

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Klaus Hibbe

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Harald Baumann

Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Hayek
Herr Wilhelm Kümmerling
Herr Manfred Lindenmann
Herr Harry Piehl
Herr Stefan Porscha
Herr Reinhard Scharnhorst
Herr Werner Schaumann
Herr Klaus-Peter Sommer

Vertreter für Frau Anja Sternbeck

Vertreter für Herrn Wolf Dietrich Stannat
Vertreter für Frau Magdalena Rozanska

Grundmandat

Herr Dirk Salzmann

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Dieter Jaehnke
Herr Gerd Klingenberg

Als Vertreter für Herrn Hans-Dieter Krenz

Verwaltungsangehörige

Herr Kai Knigge

Fachdienst Recht, Versicherung und Feuerwehr

Herr Thorsten Lempfer
Frau Annette Plein
Herr Christoph Richert

Fachdienstleiter Bürgerservice
Fachbereichsleiterin 2

Fachdienstleiter Recht, Versicherung und Feuerwehr

Herr Martin Schwalb

Fachdienst Bürgerservice, Protokoll

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 12.04.2016
3. Neubau der Gerätehauses der Ortsfeuerwehr Eilvese;
Standortbesichtigung und Sachstandsbericht
4. Geschwindigkeitsüberwachung im Stadtgebiet der Stadt Neustadt a.
Rbge.;
Bericht über die Messergebnisse Seitenradar
5. Feuerwehrgebührensatzung **2016/169**
6. Berichte und Bekanntgaben
7. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen
Kommunalverfassungsgesetzes
8. Anfragen

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Herr Hibbe eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und allgemeine Ordnungsangelegenheiten, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsmäßige Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Jaehnke nimmt als Vertreter für Herrn Krenz, Herr Scharnhorst als Vertreter für Herrn Stannat, Herr Schaumann als Vertreter für Frau Rozanska und Herr Hayek als Vertreter für Frau Sternbeck an der Sitzung teil. Die Ausschussmitglieder Ostermann und Matthias fehlen entschuldigt.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 12.04.2016

Der Ausschuss für Feuerschutz und allgemeine Ordnungsangelegenheiten fasst einstimmig bei drei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 12.04.2016 wird genehmigt.

3. Neubau der Gerätehauses der Ortsfeuerwehr Eilvese; Standortbesichtigung und Sachstandsbericht

Herr Hibbe weist darauf hin, dass dieser Punkt zur Information des Ausschusses auf der Tagesordnung sei. Ein Beschluss sei nicht zu fassen. Ergänzend sei im Anschluss an die Sitzung eine Führung durch das Gerätehaus möglich. Dann erteilt der Ausschussvorsitzende Herrn Richert das Wort.

Herr Richert erklärt, dass es sich bei dem Projekt um einen Neu- und keinen Umbau handele. Am 2. Mai dieses Jahres habe es einen Erörterungstermin im Gerätehaus Eilvese gegeben. Dabei sei der Raumbedarf anhand der für den Verwendungszweck maßgeblichen Kriterien ermittelt worden. Das vorhandene Gerätehaus könne der bisherigen Entwicklung nicht angepasst werden. Die Platzverhältnisse reichten für die aktuellen Fahrzeuge nicht aus. Umkleidemöglichkeiten und Duschen fehlten. Es bestehe Konsens hinsichtlich eines Neubaus. Fraglich sei allerdings, ob das Konzept für das vorgesehene Grundstück geeignet sei. Problematisch sei weiterhin, dass für derartige Projekte die notwendigen Erfahrungen fehlten. Hier wäre eine fachkundige Hilfestellung wünschenswert. Beim Gerätehaus in Otternhagen verhalte es sich ähnlich. Zurzeit würde noch an Detailfragen gearbeitet. Ende des Monats sei die Realisierbarkeit auf dem vorgesehenen Grundstück geklärt. Er sei diesbezüglich aber optimistisch. In Otternhagen habe sich die Situation ähnlich dargestellt. Die Nachbarwehren seien in den Prozess einbezogen worden. Das Gerätehaus in Eilvese genieße allerdings Priorität.

Auf eine Frage von Herrn Baumann, ob es einen „Plan B“ gäbe, falls sich das geplante Grundstück als ungeeignet erweise, erklärt Herr Richert, dass es eines solchen nicht bedürfe.

Frau Ortsbürgermeisterin Christina Schlicker, die an der Sitzung als ZuhörerIn teilnahm, weist darauf hin, dass beim Grundstück „balanciert“ werden könne. Begrenzte Anpassungen des Grundstückszuschnittes an bauliche Zwänge seien möglich.

Die Frage von Herrn Lindenmann nach der Möglichkeit einer Standardisierung von Feuerwehrgerätehäusern verneint Herr Richert. Die einzelnen Ortswehren unterschieden sich hinsichtlich Aufgabenspektrum, Mitgliederzahl und Grundstücksgröße stark.

Auf eine Frage von Herrn Salzmann zu den Kosten der aktuellen Planungsphase („Leistungsphase 0“) erläutert Herr Richert den Umfang der erforderlichen Maßnahmen. Es gebe Fachfirmen, die über umfangreiche Erfahrungen aus derartigen Bauprojekten verfügten. Die städtische Feuerwehrverwaltung lasse sich kompetent anleiten – u. a. vom städtischen Fachdienst Immobilien. Eine erste grobe Schätzung habe Kosten für diese Phase 0 von ca. 13.000 Euro ergeben. Realistisch sei allerdings eher von der Hälfte auszugehen.

Herr Hibbe bedankt sich bei Herrn Richert für die Erläuterungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

4. Geschwindigkeitsüberwachung im Stadtgebiet der Stadt Neustadt a. Rbge.; Bericht über die Messergebnisse Seitenradar

Herr Hibbe führt in das Thema ein und erteilt Herrn Lempfer das Wort für ausführliche Erläuterungen aus Sicht der Verwaltung.

Herr Lempfer erklärt die bisherige Historie bei der Geschwindigkeitsüberwachung im Neustädter Stadtgebiet. Er weist auf den Vertrag mit der Gemeinde Wennigsen hin, der aber zurzeit neu verhandelt werde – voraussichtlich mit der Folge einer reduzierten Präsenz in Neustadt. Eine Initiative der Verwaltung zur eigenen Überwachungstätigkeit habe die Notwendigkeit zur Datenerfassung ergeben und zur Beschaffung von zwei Seitenradarmessgeräten geführt. Herr Lempfer erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation (**s. Anlage 1**) Funktionsweise und Einsatzorte der seit einigen Monaten im Neustädter Stadtgebiet eingesetzten Geräte. Die Fahrzeuge würden in beiden Fahrtrichtungen erfasst. Am Beispiel einiger Messungen erklärt er die Auswertung der Ergebnisse. Dabei habe sich auch ein Hinweis für die Häufung von Wildunfällen zwischen Mardorf und Rehburg ergeben. Die Ergebnisse hätten gezeigt, dass ohne eine Geschwindigkeitsüberwachung keine Akzeptanz von Geschwindigkeitsbegrenzungen zu erreichen sei. Stationäre Überwachungsanlagen alleine könnten das aber nicht leisten. Anhand einer laufenden Messung in der Ortsdurchfahrt Eilvese erläutert Herr Lempfer die praktische Datenerfassung. Alle bisherigen Messungen hätten ein insgesamt deutlich über den zulässigen Höchstgeschwindigkeiten liegendes Geschwindigkeitsniveau ergeben mit einzelnen extremen Verstößen an den jeweiligen Messstellen.

Herr Klingenberg äußert sich zu dem Thema aus Polizeisicht. Zum einen würden Geschwindigkeitsverstöße häufig als Kavaliersdelikte angesehen. Tatsächlich hätten sich diese aber als eine der häufigsten Unfallursachen erwiesen. Beispielsweise seien bei etwa einem Drittel der Wildunfälle zu hohe Geschwindigkeiten unfallursächlich. Zum anderen würde Geschwindigkeitsüberwachung häufig kritisch gesehen („Wegelagerei“). Dem sei inzwischen dadurch begegnet worden, dass nur an Unfallschwerpunkten gemessen werde.

Auf eine Nachfrage von Herrn Lindenmann hin benannte Herr Lempfer die bisherigen Messorte. Weitere würden folgen. Es gäbe zahlreiche potenzielle Messstellen.

Eine Frage von Herrn Piehl – der auf die bisherigen Ergebnisse aus dem Einsatz der Seitenradarmessgeräte in Bordenau einging - zur Veröffentlichung der bisherigen Messergebnisse wird von Frau Plein dahingehend beantwortet, dass dieses möglich sei, allerdings nur in Form einer vollständigen Darstellung einschließlich entsprechender Erläuterungen zum Hintergrund der Messungen.

Herr Salzmann weist darauf hin, dass die hohen gemessenen Geschwindigkeiten auf einen geringen Überwachungsdruck schließen ließen.

Herr Sommer äußert den Wunsch der Politik, zeitnah eine Informationsdrucksache mit den bisherigen Messergebnissen, ausführlichen Erläuterungen hierzu und einer Aufzählung der Unfallschwerpunkte seitens der Polizei vorzulegen.

Herr Hibbe bedankte sich bei Herrn Lempfer für die Informationen sowie die Wortbeiträge und schließt den Tagesordnungspunkt.

5. Feuerwehrgebührensatzung

2016/169

Herr Hibbe macht auf die diesbezügliche Verwaltungsvorlage aufmerksam und erteilt dann Herrn Richert das Wort zur Erläuterung des Beratungsgegenstandes.

Herr Richert informiert ausführlich über die Gründe und die rechtlichen Vorgaben für die Erarbeitung einer neuen städtischen Feuerwehrgebührensatzung. Dabei weist er insbesondere auf die feuerwehrspezifischen Belange und Anforderungen bei der Kalkulation der Gebührensätze hin. In dem Zusammenhang erklärt er die Änderungen gegenüber der bisherigen Gebührensatzung. Er betont die Notwendigkeit der Erhebung von Gebühren auf einer gesicherten rechtlichen Grundlage, soweit dieses möglich sei.

Es gibt diverse Nachfragen, Einwände und andere Wortbeiträge von den Herren Hibbe (Verfahren bei der Abrechnung von kostenpflichtigen Einsätzen), Sommer, Salzmann und Porscha (Rechtssicherheit des Satzungsentwurfs), Scharnhorst und Schaumann (Tarifsystematik), Klingemann (Verfahren bei der Polizei) sowie Baumann (Pauschalierung und Gebührenhöhe bei den einzelnen Tarifen).

Herr Richert erklärt hierzu die Regularien bei der Abrechnung der gebührenpflichtigen Einsätze, das Verfahren sowie die fachspezifischen Besonderheiten bei der Erarbeitung des Satzungsentwurfs und problematisiert die Rechtssicherheit.

Herr Scharnhorst sieht weiteren Beratungsbedarf in den Fraktion und auch interfraktionell. Die Gebührentarife erschienen unausgewogen. Ein Quervergleich bei der Kalkulation zu anderen Bereichen wie zum Beispiel Handwerksbetrieben sei sinnvoll. Es müssten die Belange der Feuerwehr insgesamt und der jeweilige Einzelfall abgewogen werden. Eine nachvollziehbare Gebührenhöhe sei nicht ohne weiteres angreifbar.

Auf die Bitte von Herrn Baumann um die Vorlage von „drei bis vier“ Einsatzfällen für die Beratung in den Fraktionen erklärt Herr Richert, das er das gerne tue. Es handele sich dabei jedoch um Altfälle, die einer anderen Systematik folgten. Einen Ansatz für eine eventuelle gerichtliche Auseinandersetzung sehe er nicht, aber eventuell eine geringe Akzeptanz in der Bevölkerung.

Herr Hibbe schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis auf weiteren Beratungsbedarf in den Fraktionen. Hierzu würden noch die Gesamthöhe der bisherigen Einnahmen und die Anzahl der Einsätze benötigt. Eine Beschlussfassung könne deshalb noch nicht erfolgen.

6. Berichte und Bekanntgaben

- a) Frau Plein beantwortet eine Frage aus der Ausschusssitzung vom 13.10.2015 (TOP 7 d) zum Rückbau von Aufschüttungen am Weenser Damm im Zusammenhang mit der Montage von Windkraftanlagen. Letzteres sei zwischenzeitlich erledigt. Noch ausstehende Baulichkeiten seien von der veranlassenden Firma durchzuführen.
- b) Herr Richert weist auf eine Liste von Anfragen von Herrn Lindemann aus der April-Sitzung des Ausschusses hin (TOP 12 d). Eine Beantwortung werde über das Protokoll erfolgen (**s. Anlage 2**).

7. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

- a) Herr Andreas Scharnhorst (Ortsbrandmeister Eilvese) äußert sich zum geplanten Neubau des Gerätehauses der Ortsfeuerwehr Eilvese. Die Fahrzeughalle sei für die aktuellen Modelltypen nicht mehr geeignet. Eine Erweiterung sei nicht möglich. Er hoffe auf ein zukunftssicheres Konzept für die nächsten „90 Jahre“. In dem Zusammenhang erläutert er die konzeptionelle Ausrichtung der Wehr und die Perspektiven für die Zukunft. Auf eine diesbezügliche Frage von ihm versichert Herr Hibbe, dass der Ausschuss das Bauvorhaben positiv begleite. Es sei von einer Realisierung auszugehen.

- b) Eine Frage von Herrn Reidenbach von der Ortsfeuerwehr Borstel zum geplanten Fertigstellungstermin für das neue Feuerwehrgerätehaus in Eilvese wird von Herrn Richert mit 2018 beantwortet. Zu einer Nachfrage von Herrn Reidenbach zu weiteren Gerätehausprojekten erläutert Herr Richert das Konzept der Verwaltung und den finanziellen Rahmen. Eine Million Euro im Jahr seien dafür vorgesehen. Es lägen diverse Wünsche der Ortswehren vor. Diese müssten jeweils geprüft werden. Nicht in jedem Fall werde ein neues Gerätehaus benötigt.

8. Anfragen

Zu einer Nachfrage von Herrn Scharnhorst zu TOP 5 (Feuerwehrgebührensatzung) hinsichtlich der Brandmeldeanlagen erklärt Herr Richert, dass es für die Kostenpflicht irrelevant sei, warum die Anlage ausgelöst werde.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 06.01.2017